

Leben nach Migration – Newsletter Nr. 3 | 2016

Berliner Wahlen 2016, (10 Jahre AGG) und Jahresrückblick aus der Perspektive von Riza Baran, Hamid Nowzari, Céline Barry und Abdullah Muhamed

IMPRESSUM:

Herausgeber:

Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V.

Oranienstraße 34 • 10999 Berlin

presse@MRBB.de • 030/616 58 755

Redaktion: Koray Yılmaz-Günay, Didem Yüksel (V.i.S.d.P.), Tuğba Tanyılmaz, Özge Pınar Sarp

Leben nach Migration erscheint bis zu sechs Mal im Jahr und dient den Mitgliedsorganisationen des MRBB und der interessierten Öffentlichkeit als Debatten- und Informationsmedium. Die Artikel geben die Meinung der Autor_innen wieder und müssen nicht den Positionen des MRBB entsprechen. Sie können mit der Quellenangabe «Leben nach Migration – Newsletter des Migrationsrats, Ausgabe 3 | 2016» vervielfältigt und weiterverwendet werden.

Artikel können unverlangt eingesandt werden. Es entsteht dadurch kein Anspruch auf Abdruck.

«Leben nach Migration» wird gefördert durch den Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration.

Editorial

Die folgenden Interviews mit Riza Baran (ehemaliger Lehrer und Politiker von Bündnis 90/Die Grünen), Hamid Nowzari (Geschäftsführer des Vereins Iranischer Flüchtlinge in Berlin) und Céline Barry (Projektleiterin beim Antidiskriminierungsnetzwerk des TBB e.V.) zeigen die Expertise von Menschen, die seit Jahren in dieser Gesellschaft unermüdlich ihren politischen Beitrag leisten, sie haben u.a. langjährige Erfahrungen in der Vereinsarbeit und erheben ihre Stimmen. Sie geben uns nicht nur ihren Rückblick auf das Jahr 2016 in ihren eigenen Tätigkeitsfeldern, sie zeigen in ihren Beiträgen auch die Grenzen der Politik auf, vor allem in Bezug auf das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und die Geflüchtetenpolitik. Auch kommt Abdullah Muhammed zu Wort, um seine Lebensrealität als Geflüchteter in Deutschland darzustellen.

Wichtig ist uns auch im Jahr 2017, dass wir unsere Stimme erheben und weiterhin dafür Sorge tragen, dass alle diese Stimmen in ihrer Vielfalt und Realität weiter hörbar sind und wir uns mit gebündelten Kräften für die Belange von Geflüchteten und Menschen aus allen Migrant_innencommunities einsetzen. Zumal es laut BKA im Jahr 2016 ca. 800 Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten gab. Diese ungefähren Zahlen, wir gehen von höheren Zahlen aus, stehen für die Missstände und die rassistischen Strukturen in Deutschland.

Wir hoffen, dass unsere Leser_innen und alle dem Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. verbundenen Organisationen und Menschen einen guten Start in das Jahr 2017 hatten und wünschen viel Kraft für das neue Jahr.

Euer Leben Nach Migration Redaktionsteam

Berliner Wahlen 2016, (10 Jahre AGG) und Jahresrückblick

Özge Pinar Sarp

Wir haben ein Jahr erlebt, in dem, wie in vergangenen Jahren, folgende Aussagen in der Öffentlichkeit präsent waren: «Flüchtlinge kommen... Oh nein, aber sie müssen wieder gehen.» AfD, Pegida und Co hetzen. Unterkünfte von Geflüchteten brennen tagtäglich, Menschen werden angegriffen, diskriminiert und ausgegrenzt. Laut Statistiken haben rassistische Hetzen wieder einmal einen Höhepunkt erreicht, aber keine Sorge, kein Mensch/Flüchtling sei (bisher) gestorben. Wir/Politiker_innen sind höchstens besorgt, wenn es um die politische Lage in der Türkei geht. Aber unsere gestoppten Flüchtlinge müssen dort bleiben, oder wir schieben sie gerne in ein anderes sicheres Land. In den Medien hieß es, es gibt nur eine Krise, nämlich eine Flüchtlingskrise!

Im letzten Jahr fand auch die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2016 statt. Gleichzeitig wurden auch die Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. Elf Wochen nach der Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses haben die Mitglieder der SPD (mit 21,6 Prozent stärkste Partei) dem Koalitionsvertrag mit Linken (15,6 %) und Grünen (15,2 %) zugestimmt, die bundesweit erste rot-rot-grüne Koalition unter SPD-Führung. Rechtspopulismus und Rassismus haben auch bei dieser Wahl ihre «Früchte getragen», das sagen uns die Wahlergebnisse, denn die AfD z.B. erreichte bei den Berliner Wahlen 14,2 Prozent und hat ihre Erfolge» fortsetzen können.

Unser Anliegen als Migrationsrat ist es, auf Schwierigkeiten in der Migrations- und Partizipationspolitik aufmerksam zu machen und Empfehlungen auszusprechen. Mit unseren den Wahlprüfsteinen (siehe letzte Ausgabe) und den daraus resultierenden Forderungen hatten wir die Positionen Einstellungen von Parteien zu relevanten Punkten der Migrations- und Partizipationspolitik in Berlin abgefragt.

Die Wahl hat uns auf diese Frage gebracht und wir haben mit vier Vertreter_innen, Expert_innen und Aktivist_innen nach ihrer Meinungen gefragt: Was denken die Communities of Color als wichtiger Teil der Gesellschaft über die Wahlen und das vergangene Jahr? Aus diesem Grund widmet sich unsere aktuelle Ausgabe von «Leben nach Migration» genau dieser Frage. Die interviewten Expert_innen und Vertreter_innen haben sich zu Empfehlungen und Forderungen sowie Herausforderungen zur Berliner Politik ganz offen und kritisch geäußert.

Von den viele Empfehlungen und Forderungen, z.B. Straßenumbenennung und Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte, Wahlrecht für alle sowie menschenwürdige Migrations- und Flüchtlingspolitik – ob das wirklich umgesetzt wird oder scheitert, werden wir gemeinsam verfolgen müssen. Die hier Interviewten nicht nur die Problemfelder, sie stellen eigene Forderungen und sie kämpfen dafür.

«Sie/wir sind da, besitzen spezifisches Wissen, haben Ideen und bereits viele Erfahrungen gesammelt», beschreibt Celine Barry in ihrem Beitrag und betont dabei, dass Migrant_innenorganisationen und -initiativen zunehmend und konstant in die (Entscheidungs-) Prozesse einbezogen werden müssen. Wie es Rıza Baran in seinem Interview so schön und stark beschreibt: «Wir fordern nicht nur, wir kämpfen dafür!», das ist unser langjähriger, herausfordernder, aber gemeinsamer Kampf für ein gleichberechtigtes Zusammenleben!

Mit Blick auf das Jahr 2016 wurden Probleme im Alltag, in Politik, Bildung, Arbeit, Gesundheit, Wohnen und Kultur von Communities of Color erneut sichtbar gemacht. Es wurde von Herausforderungen, aber auch von Planungen und Erwartungen gesprochen. Celine Barry findet den Koalitionsvertrag zwischen SPD, Linken und Grünen in Berlin aus Antidiskriminierungsperspektive vielversprechend und drückt ihre Hoffnung mit den Worten aus: «Falls die Vorhaben verwirklicht werden, können wir eine Verbesserung der Lebenssituation der Migrant_innen und des Berliner Zusammenlebens erwarten.»

Im Gespräch mit Rıza Baran**Lieber Rıza Baran, können Sie bitte sich selbst und die Arbeit von Evin e.V. kurz vorstellen?**

Ich bin Rıza Baran, 74 Jahre alt, ehemaliger Lehrer und gehöre der ersten Generation an, ich lebe schon seit 53 Jahren in Deutschland. Ich bin Mitbegründer und Vorstandsmitglied des im Jahr 1997 gegründeten Vereins Evin e.V. Der Begriff «Evin» bedeutet auf Kurdisch «Liebe». Liebe wird hier in einem umfassenden Sinn verstanden, als eine verbindliche Haltung einem Menschen gegenüber, die keinen Zwang beinhaltet. Die türkische Bedeutung von «Evin» ist «Zuhause». Evin e.V. ist anerkannter Träger von mehreren Projek-

ten im Jugendhilfebereich. Das Projekt Kulturinsel arbeitet mit jugendlichen Flüchtlingen im stationären Bereich, das Projekt Regenbogen ist im Bereich der ambulanten Erziehungshilfen, hauptsächlich in den Bezirken Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg tätig. Unsere Mitarbeiter_innen verbindet die Vision, mit der Arbeit von Evin e.V. und durch die Kooperationen mit

anderen Einrichtungen neue Wege zu ebnen, andere Perspektiven zu eröffnen und so zur Verwirklichung einer gerechteren Gesellschaft und zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen, mit denen wir arbeiten, beizutragen.

Wir haben inzwischen angefangen, im Kita-Bereich aktiv zu werden. In Zukunft wollen wir auch in (Privat-) Schulen, z.B. in der Aziz-Nesin-Schule, aktiv werden. Wir haben Räume für unsere Arbeit in anderen Bezirken gemietet und werden in den Bezirken Reinickendorf und Wilmersdorf tätig. Unser Ziel ist die Stärkung von Jugendlichen.

Können Sie uns bitte aus Ihrer Perspektive einen Rückblick auf das Jahr 2016 geben? Welche Themenpunkte beschäftigten Sie – welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Was würden Sie sagen, hat sich besonders im letzten Jahr verändert?

Auf der einen Seite in diesem Jahr haben wir uns viel mit den neu ankommenden Geflüchteten beschäftigt. Das mussten wir auch. Wir haben sehr viele unbegleitete minderjährige Geflüchtete, die traumatisiert sind und viel Unterstützung brauchen. Wir haben sie beraten, begleitet und betreut. Das beschäftigt uns weiter und wir versuchen, der Situation gerecht zu werden. Die Situation von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten in Berlin muss erst einmal stabilisiert werden. Zum Beispiel haben wir geguckt, ob sie in ihrer Heimat die Schule besucht hatten, wir haben versucht, sie hier in der Schule zu begleiten und weiter zu unterstützen. Das war dieses Jahr mehr als zwei Drittel unserer Arbeit. Natürlich müssten wir auch Familien unterstützen und beraten, aber wie gesagt, meistens kamen zu uns die Jugendlichen, die ohne Eltern oder Familie nach Deutschland gekommen sind. Sie warten darauf, dass ihre Eltern nachkommen. Es gibt rechtliche Probleme, auch darum muss man sich kümmern, damit die Eltern oder Familien kommen können. Das ist eine schwierige Arbeit und Aufgabe für uns. Wir reden mit diesen Jugendlichen, wir laden sie ein, bieten Seminare an und sammeln zusammen mit ihnen Erfahrungen. Sie lernen fleißig Deutsch, nicht bei uns, Sprachkurse haben wir nicht, aber wir haben mit bestimmten Einrichtungen Kontakt und vermitteln sie dorthin. Sie lernen wirklich sehr schnell Deutsch.

Wir versuchen, die geflüchteten Kinder und Jugendlichen schnell zur Schule zu vermitteln. Wir begleiten sie, damit sie schnell die Sprache lernen und von Willkommensklassen in die Regelklassen kommen zu können. Und dann Abschlüsse erreichen können. Darum arbeiten wir mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und mit vielen anderen Organisationen zusammen.

Auf der anderen Seite mussten wir uns mit Rechtspopulismus beschäftigen und dagegen mit vielen anderen Organisationen zusammen sehr viel Antidiskriminierungsarbeit leisten. Wir haben versucht, im Rahmen der Antidiskriminierungsarbeit z.B. Seminare zu machen sowie eben versucht, dass die Behörden sich damit auseinandersetzen. Das war alles nicht einfach, aber dies waren unsere wichtigsten Arbeiten in diesem Jahr! Neben dieser Arbeit haben wir auch versucht, die Eltern, die zu Hause einen Beruf gehabt haben und hier arbeiten gehen wollen, zu beraten und damit ihren Berufsabschluss hier in Deutschland anerkennen zu lassen. Das ist unsere Perspektive überhaupt und die gesellschaftlichen Situation ist klar: Vor einem Jahr wurden die vielen Geflüchteten, die nach Deutschland kamen, von sehr vielen Deutschen und Einheimischen sehr gut empfangen und aufgenommen. Aber es gibt da viele

Gegner wie Pegida, AfD, die jeden Tag gegen Geflüchtete und Migrant_innen hetzen. Was alles in dieser Gesellschaft schief läuft, dafür machen sie die Geflüchteten und Migrant_innen verantwortlich. Wir besuchen monatlich mindestens bis zu zehn Veranstaltungen, da muss man zu diesem und vor allem zu den gesellschaftliche Hintergründen diskutieren: Warum sind Geflüchtete gekommen? Solange es so viele Kriege gibt, ist es kein Wunder, dass Menschen ihre Heimat verlassen und in einem anderen Land Schutz und Zuflucht suchen. Wenn Menschen kommen, müssen diese auch geschützt werden. Wir setzen uns dafür ein!

Haben Sie als Evin e.V. die Berliner Wahlen 2016 beobachtet? Was denken Sie dazu?

Als Verein waren wir bei dem Wahlprozess aktiv und haben uns an dem Prozess der Wahlkampagnen beteiligt, damit die Wahlbeteiligung vor allem von Migrant_innen in Berlin höher wird. Damit rechtspopulistische Gruppen weniger Chancen haben. In den Bezirken Kreuzberg, Neukölln, Reinickendorf, aber auch berlinweit waren wir aktiv, damit Menschen wählen gehen. Auch in politischen Auseinandersetzungen haben wir die Probleme dargestellt und erzählt. Deswegen sehen wir jetzt in den Koalitionsvereinbarungen sehr viele Forderungen von uns, ich meine damit nicht nur unseren Verein, sondern generell von Migrant_innen. Und es freut uns natürlich – aber klar, wir wissen das, es muss viel auf der politischen Ebene für die Migrant_innen und Geflüchtete gemacht werden. Sie haben jetzt z.B. vor, neue Wohnungen zu schaffen, was auch eine unserer Forderungen ist. Wir haben gefordert, dass Flüchtlinge nicht ewig in «Baracken», in Heimen oder in ähnlichen Unterkünften bleiben. Sie sollen stufenweise in Wohnungen untergebracht werden. Eine weitere Forderung war und ist: Wir haben auch rechtliche Probleme, Probleme mit der Arbeit, Schule, Ausbildung usw. Willkommensklassen in Berlin zum Beispiel für (unsere) Kindern sind nicht gut ausgestattet. Die Lehrer_innen der Willkommensklassen waren auf eine solche neue Situation nicht vorbereitet, obwohl die Bundesrepublik Erfahrungen damit haben sollte. Menschen sind bereits vor 55 Jahren aus der Türkei nach Deutschland eingewandert. Wir haben auch Menschen, die seit Jahren aus vielen unterschiedlichen Ländern nach Deutschland gekommen sind. Aber es hat sich trotzdem nicht (viel) verbessert. Diese Erfahrungen werden nicht wirklich wahrgenommen... Wir hatten auch damals Vorschläge gemacht, z.B. Alltagsbestimmung, Vormundschaft, Patenschaft für Kinder. Es hat sich inzwischen etwas

verbessert, aber es gibt noch viele Sachen, die verbessert werden müssen, insbesondere in Schulen, in Kitas, die Gesundheitsversorgung.

Unter anderen haben wir auch das Wahlrecht gefordert. Wir haben gesagt, «EU Bürger_innen dürfen das, aber Menschen, die seit Jahren hier sind, wie z.B. Menschen aus der Türkei seit 55 Jahren, dürfen das nicht. Das geht nicht.» Das musste von Parteien in den Koalitionsverhandlungen (und auch als Bundesgesetz) begriffen werden. Natürlich darf man nicht allgemeine Forderungen vergessen.

Haben Sie jetzt den Eindruck, dass die Berliner Parteien sich genug um Migrant_innen bemühen?

Um Migrant_innen? Das müssen sie! Wir sind ja Vielfalt. Nicht nur eine Nation, nicht nur eine Sprache. Wir sind und haben viele, wenn wir wirklich gut zusammen leben wollen, das müssen wir machen. «Die gehen wieder!», das ist das, was die Bundesrepublik am Anfang gemacht hat. Nein, die gehen nicht mehr. Migration ist kein vorübergehendes Phänomen. Die kommen und wir werden auf Dauer mit denen zu tun haben.

Für welche Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft müssen Lösungen gefunden werden? Was sind Ihre Wünsche/Planungen für das Jahr 2017?

In Berlin engagieren sich bereits viele Initiativen in vielen Bezirken für Flüchtlinge, z.B. das Netzwerk «Berlin hilft» oder «Moabit hilft e.V.» Wir wollen uns weiter mit diesen und anderen Initiativen vernetzen, koordinieren und austauschen, was sie für Erfahrungen gemacht haben.

Wenn es um die Herausforderungen geht, kann ich sagen: Wir fordern nicht nur, wir kämpfen dafür, was (selbst) gemacht werden muss. Wie es mit dem Regierungsprogramm und dem neuen Senat weitergeht, wir werden es sehen. Wir werden versuchen, mit ihnen (wieder) zusammenzukommen und über unsere Forderungen zu reden. Wenn wir in der Praxis die Augen nicht offen halten und unsere Arbeit nicht begleiten, dann passiert wirklich nichts.

Wir haben als große Herausforderung z.B. festgestellt, der Senat gibt auch jetzt zu, es gibt Personalmangel in Berliner Ämtern ¹(die Berliner Bezirksämter besetzen neue Stellen nicht). Wir haben gesagt, dass die Beamten sich nicht verweigern, sie schaffen es nicht, weil zu viel Arbeit da ist. Wir fordern, dass in Bezirksämtern mehr Personal eingestellt wird, die wirklich davon Ahnung haben, die auch Lust dazu haben. Es muss auch die gesundheitliche Situation und Gesundheitsversorgung von Migrant_innen, Geflüchteten und auch illegalisierten Menschen verbessert werden. Wir wünschen uns eine gute Zusammenarbeit, eine aktive Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Behörden und Politik. Wir wünschen uns auch, dass das was in den Koalitionsvereinbarungen steht, umgesetzt wird, dass die Forderungen nicht nur auf dem Papier stehenbleiben. Wir versuchen, dranzubleiben und dafür brauchen wir eine gute Vernetzung mit anderen Organisationen, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Mit anderen Organisationen, welche in rechtlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Bereichen aktiv sind, wollen wir mehr zusammen arbeiten.

¹ Anmerkung der Redaktion: Im Dezember 2016 wurden neue Stellen in den Bürgerämtern besetzt, jedoch nicht immer mit geeigneten Fachpersonal

Im Gespräch mit Hamid Nowzari vom Verein Iranischer Flüchtlinge in Berlin**Schwerpunkt: Jahresüberblick 2016****Lieber Herr Nowzari, können Sie sich und die Arbeit vom Verein Iranischer Flüchtlinge in Berlin bitte kurz vorstellen?**

Mein Name lautet Hamid Nowzari, ich bin 58 Jahre alt. Seit etwa 25 Jahren bin ich der Geschäftsführer des Vereins für Iranische Flüchtlinge.

Ich bin eigentlich gelernter Bauingenieur, arbeite aber seit 1991 im sozialen Bereich. Innerhalb des Vereins befasse ich mich mit allen Aufgaben, die es zu erledigen gibt.

Der Verein Iranischer Flüchtlinge besteht seit 30 Jahren. Wir haben im Oktober dieses Jahres mit Unterstützung des Migrationsrats Berlin-Brandenburg e.V unser 30-jähriges Jubiläum gefeiert. Wir sind bis 2010 für die Beratung, Betreuung und Begleitung Iranischer Flüchtlinge und auch hier lebende Iraner zuständig gewesen. In Absprache mit



dem Berliner Senat führt unser Verein seit September 2010 auch die Beratung und Betreuung in Berlin lebender Afghanen durch. Daher sind wir momentan die Anlaufstelle sowohl für iranische als auch für afghanische Menschen, egal ob sie hier leben oder Flüchtlinge sind. Wir sind dafür zuständig, ihnen mit allen Fragen zu helfen, die sie haben.

Können Sie mir bitte aus Ihrer Sicht einen Rückblick auf das Jahr 2016 geben? Welche Themenpunkte haben Sie besonders beschäftigt – welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

2016 lag unser Aufgabenschwerpunkt bei den in Berlin neu ankommenden Flüchtlingen aus dem Jahr 2015. Unter diesen flüchtenden Menschen befanden sich sehr viele Iraner und Afghanen. Zum einen waren wir sehr beschäftigt mit z.B. der Begleitung in Rechtsverfahren, der allgemeinen Situationen in den (Flüchtlings-) Heimen, der Situationen im LaGeSo. Zum anderen waren wir auch aufgrund sehr schlechter Qualität mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beschäftigt, denn dieses wies sowohl bei Vorladungen zu Interviews als

auch im Allgemeinen erheblich Mängel auf: Mängel waren z.B., dass bei ganz vielen ein falsches Datum notiert worden ist oder sie an einem Tag vorgeladen wurden, aber nicht angehört werden konnten, weshalb sie ein weiteres Mal vorgeladen werden mussten. Zudem hat die schlechte Übersetzungsqualität beim Bundesamt das Ganze noch mehr verschlimmert.

Ganz zu schweigen von der prekären Lage der Flüchtlinge zusammengepfercht zu sein – sowohl in den Heimen als auch in großen Turnhallen, die schlechte Lebenssituation an diesen Orten, insbesondere für Familien mit Kindern. Wir haben auch sehr viele Minderjährige betreut, die unbegleitet waren, haben sie unterstützt bei ihren Sorgen und im Alltag, auch mit den Lebensbedingungen, mit denen sie konfrontiert gewesen sind. Zusätzlich haben uns Berichte über eventuelle Abschiebung von Flüchtlinge nach Afghanistan durch die Bundesregierung oder auch durch die europäische Union sehr beschäftigt. Diese Aufgaben machten den Großteil unserer alltäglichen Arbeit aus. Aber wir waren auch sehr aktiv mit anderen Beratungsstellen und Verbänden vernetzt und haben gemeinsam daran gearbeitet, wie man denn unsere Rechts- und Verfahrensberatung verbessern könnte.

Einige Vereine hatten ab März 2016 neue Möglichkeiten in Rechts- und Verfahrensberatung, darunter auch wir. Dies haben wir dazu genutzt, um uns gegenseitig zu informieren, auszutauschen und zu helfen, was uns auch gut gelang.

Wir haben auch sehr viel bei der Organisation von Wahlen in Berlin mitgeholfen. Wir hatten zusammen mit dem Migrationsrat Berlin-Brandenburg e.V. Wahlprüfsteine zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses 2016 beschlossen und sind mit vielen Vertreter_innen verschiedener Parteien ins Gespräch gegangen.² Wir haben auch für den Flüchtlingsrat einen Katalog für die Wahl 2016 ins Abgeordnetenhaus zusammengestellt. Und wir haben uns auch etwas mit der Politik der Parteien beschäftigt, da wir gemerkt haben, dass es begonnen hat, dass die bisher offene Tür Deutschlands immer mehr kritisiert wurde und dass die Lage hier immer schlechter wurde, insbesondere durch Rechtspopulisten. Aber auch etablierte Parteien riefen eine Art Anti-Flüchtlings-Debatte ins Leben. Zusammengefasst hatten wir neben den alltäglichen Problemen, Aufgaben in der Politik und kümmerten uns sehr stark um den Ausbau unserer Vernetzung. Das ist ein sehr überfülltes und stressiges Arbeitsjahr gewesen.

² «Wahlprüfsteine zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses 18. September 2016», Leben nach Migration –Newsletter Nr. 2, 2016.

http://mrbb.de/dokumente/pressemitteilungen/WPS_Antworten%20der%20Parteien.pdf

Was würden Sie zur Situation der Flüchtlinge und Ihrer Arbeit sagen – was hat sich insbesondere im letzten Jahr verändert bzw. verbessert oder verschlechtert? Was würden Sie zu Empfehlungen und Forderungen des Berliner Migrations- und Flüchtlingspolitik sagen?

Zuerst einmal in Bezug auf alltägliche Probleme der Flüchtlinge kann ich sagen, hat sich ein bisschen etwas verändert, ob es sich jedoch zum Guten verändert hat, wage ich zu bezweifeln. Die Flüchtlinge haben immer noch mit sehr langen Wartezeiten für Wohnungen, also im Grunde genommen für ihre eigene Privatsphäre. Viele sind immer noch in Turnhallen untergebracht. Im Bereich Gesundheitswesen hat es sich etwas zum Positiven verändert. Die Versichertenkarte hat ihre Wirkung gezeigt. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass dieses Jahr relativ wenig neue Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind. Dies bezieht sich also im Grunde genommen auf die Flüchtlinge, die zwischen Sommer 2015 bis Anfang dieses Jahres nach Berlin gekommen sind.

In Bezug auf Sprache hat sich etwas verbessert, nicht für die Flüchtlinge, die Integrationskurse besuchen können, sondern für alle anderen, die jetzt auch Kurse an den Volkshochschulen besuchen dürfen. Das kann man auch daran sehen, dass die Wartezeiten kürzer geworden sind.

Jedoch hat sich bei der Einschulung von Kindern, freien Schul- oder Kitaplätzen nichts verändert. Jegliche bürokratischen Arbeiten, sei es im Gesundheitswesen oder seien es Bescheinigung für Flüchtlinge zur Vorlage bei den Ämtern oder aber auch bei Angelegenheiten im Bereich Gericht hat sich gar nichts geändert. Dort wird immer noch sehr streng und sehr bürokratisch gearbeitet. In Bezug auf Einschulung der Kinder haben wir in manchen Bezirken immer noch Schwierigkeiten. Es sind immer noch viel zu viele Klassen, die ausschließlich aus Flüchtlingskindern bestehen. Das lehnen wir strikt ab. Wir möchten, dass die Kinder schnell in reguläre Schulen integriert werden und nicht nur unter sich bleiben. Also diese Dinge müssen noch schnell verbessert werden.

Aber unsere größte Sorge haben wir im Bereich Wohnraum für Flüchtlinge und auch für anerkannte Flüchtlinge, die kaum Chancen haben, im Berliner Wohnungsmarkt eine geeignete Wohnung zu finden. Wir erwarten, dass der neue Berliner Senat schnellere Wege schafft, die Schwächsten der Gesellschaft – das wären die Neuankömmlinge – schneller mit einer geeigneten Wohnung zu versorgen.

Für welche Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft – Sie haben ja eben einige schon genannt – müssen noch Lösungen gefunden werden?

Also ich habe schon einige genannt: Wohnraum zum einen, die Sprachentwicklung zum anderen. Wir haben immer noch sehr große Defizite, wenn es darum geht, einen Dolmetscher für Neuankömmlinge zu finden, der die Flüchtlinge bei Ämtern, im Krankenhaus, in der Schule, beim Bezirksamt und bei anderen Ämtern z.B. dem Jugendamt und allen anderen relevanten staatlichen Organisationen und Institutionen unterstützt. Das heißt, es gibt große Kommunikationsschwierigkeiten, deshalb müssen wir immer einspringen. Mit den uns gegebenen Möglichkeiten ist es relativ schwierig, für so viele Menschen fast jeden Tag einen geeigneten Dolmetscher zu finden. Ich denke, da ist jetzt der Staat gefragt, an den wichtigsten Stellen wie z.B. Krankenhäusern, Ämtern, Schulämtern, Jugendämtern usw. für ausreichend Kommunikation zu sorgen, sodass die Betroffenen die Möglichkeit haben, verstanden zu werden.

Wissen Sie, wie viele aus dem Iran und Afghanistan dieses Jahr und im Vergleich zum letzten Jahr gekommen sind, also ist die Zahl gestiegen oder gesunken?

Also bis Ende November sind etwa 180 Tausend Afghanen und etwa 20 Tausend Iraner, das ist fast sechs oder sieben Mal mehr im Vergleich zum letzten Jahr (2015) registriert worden, aber das eigentliche Problem ist, dass diejenigen, die im letzten Jahr in Deutschland angekommen sind, erst in diesem Jahr erfasst werden konnten, weil es einfach zu viele waren. Aber im Vergleich zu 2016 waren es fünf bis sechs Mal mehr Iraner und Afghanen im Vergleich zu 2015.

Was sind Ihre Wünsche bzw. Planungen für das Jahr 2017?

Einige Dinge: Zuerst einmal – es werden weniger Flüchtlinge kommen. Das ist keine gute Nachricht, weil viele sind in der Türkei, in Griechenland und in anderen Ländern. Das heißt, die Bundesregierung und die Europäische Union schotten sich ab und da kommen auf dem legalen Wege keine mehr. Das ist aber keine menschenrechtsorientierte Politik.

Zweitens: Über 90% der Flüchtlinge werden hier bleiben und aus ihnen werden demnächst Migranten. Das heißt, aus denjenigen, die bis vor einigen Monaten Flüchtlinge waren, wer-

den Bürger_innen mit alltäglichen Problemen im Schulsystem, Bildungssystem, mit der Sprache, Ordnung in dieser Gesellschaft der Integration, Partizipation, Ausbildungsplätze. Das sind schwere Aufgaben, so sehen wir das. Das heißt, wir haben im kommenden Jahr 100 Tausend neue Suchende.

Wir als Migranten- und Flüchtlingsverbände sind immer noch die erste Anlaufstelle, weil wir deren Muttersprache beherrschen und einfach die Leute beraten und betreuen können. Wir hoffen, dass die Arbeit von Migrantenorganisationen erstmal besser eingestuft, bewertet und gefördert wird, damit wir bessere Möglichkeiten haben, diesen Leuten in ihrem Alltag zu helfen und zu begleiten, weil Anerkennung nicht bedeutet, dass sie alles gleich können, das dauert nämlich. Bei manchen sogar zwei oder drei Jahre, bis sie mal auf ihren eigenen Füßen stehen können. Für diese Übergangszeit brauchen wir starke Organisationen und Verbände, die Menschen helfen. Wir brauchen einen Diskurswechsel in Bezug auf Flüchtlinge. Die müssen offener sein für neue Ankömmlinge, sie sollen sich nicht mehr abschotten. Die sollen nicht vor Rechtspopulisten kneifen. Sie sollen humanitäre und menschenrechtsorientierte Werte beibehalten, die diese Gesellschaft stets gepflegt und stolz sein, menschenrechtsorientiert zu sein. Das ist das eine.

Das Zweite ist, dass wir neue Infrastrukturen für neue Flüchtlinge schaffen müssen. Deutschland ist nicht ein Land wie vor 20 oder 30 Jahren. Viele Leute, viele Kulturen, viele Sprachen und viele andere Möglichkeiten kommen hier zusammen. Ich weiß, dass das sowohl Vorteile als auch Nachteile hat. Wir müssen aber die Leute die hier bleiben, unterstützen in ihren Rechten und ihnen helfen, sich an Gesetzen zu orientieren. Für diese Entwicklung brauchen wir Infrastrukturen, Verwaltungen, Bezirksamter, staatliche und nichtstaatliche Institutionen. Diese Art von alltäglichem Leben muss in Deutschland aber auch in Berlin geändert werden.

Céline Barry zu den Berliner Wahlen 2016 im Kontext «10 Jahre AGG»

«Rechtspopulismus hat in der westlichen Welt transnational zugenommen und das erschreckt uns natürlich, da es leichter fällt, offen rassistisch zu handeln.»

Liebe Céline Barry, können Sie bitte sich und die Arbeit des Antidiskriminierungsnetzwerks des Türkischen Bundes in Berlin (ADNB) kurz vorstellen?

Ich bin Projektleiterin beim ADNB. Ich bin seit vielen Jahren in antirassistischen Initiativen involviert, vor allem an der Intersektion mit patriarchalen Strukturen. In den letzten Jahren bin ich zunehmend in muslimischen feministischen Gruppen aktiv. Zurzeit promoviere ich in den Sozialwissenschaften zu postkolonialem Frauenrechtsaktivismus in Dakar.

Das ADNB des TBB ist eine Antidiskriminierungsberatungsstelle für People of Color und Menschen mit Migrationsgeschichte. Sie können sich in allen Fällen von Diskriminierung an uns wenden. Wir führen auch Empowerment-Workshops und Praxisreflexionsseminare zum Schwerpunkt Rassismus durch, vermitteln Informationen zum Recht auf ein diskriminierungsfreies Leben und beraten Organisationen, Unternehmen oder andere Gruppen zum Thema Antidiskriminierung und/oder AGG.

Mit welchen Anliegen kommen die meisten Ratsuchenden und Betroffenen zu Ihnen?

In den meisten Fällen geht es um rassistische Diskriminierung in all ihren Formen und Ausprägungen. Es wenden sich zum Beispiel Romn_ja, Muslim_innen, Schwarze* sowie Jüd_innen an uns – bei Diskriminierungen beim Zugang zu Arbeit, Wohnungen, bei Behörden, in der Schule usw. usf. Wir beobachten allerdings, dass größere Interventionen vor allem in Bezug auf antimuslimische Diskriminierungsfälle durchgeführt werden, zum Beispiel, wenn eine Muslima* nach AGG auf Entschädigung klagt, um mit Kopftuch arbeiten zu können. Das hat damit zu tun, dass antimuslimischer Rassismus zurzeit salonfähig ist und nicht versteckt werden muss. Leute können offen sagen: Ich stelle Sie nicht ein, weil sie ein Kopftuch tragen.

Gadge-Rassismus³ und Rassismus gegenüber geflüchteten Menschen ist ebenfalls sehr explizit. Wir wissen darüber Bescheid, allerdings kommen Betroffene weniger in die Beratung. Das hat oft mit der prekären Situation zu tun, in der sich Leute befinden, für die ggf. andere Dinge Priorität haben, wie das Erzielen von Einkommen, oder die Furcht besteht, dass eine Beschwerde sich schlecht auf die Bewerbung, das Mietverhältnis, den Asylantrag auswirken könnte. Sich gegen Rassismus zu wehren setzt Empowerment voraus sowie Informationen zu den Möglichkeiten, die sich Diskriminierten bieten.

Ist das AGG – in der Praxis – ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung von Diskriminierungen und Ausgrenzungen? Was hat das AGG in den vergangenen zehn Jahren gebracht?

Wie viele andere Organisationen und auch die ADS selbst diagnostizieren wir, dass nur sehr selten AGG-Fälle vor Gericht landen. Fristen, Kosten, Alltagsrassismus in öffentlichen Strukturen sowie die Hürde, «gerichtsbeste» Indizien vorweisen zu müssen, bevor sich die Beweislast umkehrt, sind Barrieren, auf die wir auch in unserem letzten Antidiskriminierungsreport hingewiesen haben. Verbesserungsvorschläge sind mitunter die Verlängerung der Fristen, die Einführung des Verbandsklagerechts, wenn diskriminierte Personen selbst nicht juristisch vorgehen wollen oder können. Es besteht ferner das Problem, dass die zwar begrüßenswerten Auflagen für Arbeitgeber_innen und Dienstleister_innen, Antidiskriminierung in ihrem Betrieb zu verankern, nicht verbindlich sind, also im Falle von Versäumnissen keine Sanktionen erfolgen. Ein großes Problem ist auch, dass das AGG bei Diskriminierung im öffentlichen Bereich, d.h. Schule, Ämter, Polizei, Justiz etc. nicht greift. Um diese Lücke zu schließen, verfechten wir die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes, das Diskriminierung im öffentlichen Bereich effektiver juristisch entgegenwirken kann als bisherige juristische Mittel.

Ein positiver Nebeneffekt ist, dass das AGG eine gute Argumentationsbasis gegenüber Arbeitgeber_innen und Dienstleister_innen bietet. Indem wir mit dem Recht argumentieren und darauf hinweisen, dass sie sich im Bereich des Illegalen bewegen, wenn sie ihre Kund_innen oder Arbeitnehmer_innen diskriminieren oder ihnen keinen Schutz vor Diskriminierung bieten, und ggf. mit einer Klage drohen, sehen sie sich viel eher gezwungen Beschwerden ernst zu nehmen.

³ Ein anderes Wort für antiziganistischen Rassismus.

Haben Sie als ADB die Berliner Wahlen 2016 beobachtet und was ist Ihre Meinung zu den Wahlergebnissen mit Blick auf den Wahlerfolg der AfD?

Rechtspopulismus hat in der westlichen Welt transnational zugenommen und das erschreckt uns natürlich, da es leichter fällt, offen rassistisch zu handeln. Das heißt aber nicht, dass rassistische Tendenzen neu sind. Rassismus beginnt an dem Punkt, an dem Unterschiede und Hierarchien zwischen Gruppen gemacht werden. Und dass Communities of Color schlechteren Zugang zu Entscheidungspositionen und Ressourcen haben, ist ein Ergebnis langer Dekaden ausgrenzender Politik, Wohnpolitik, Bildungspolitik, Papierpolitik usw. Im Moment erleben wir eine drastische Steigerung der Ungleichmachung per Gesetz. Die AfD ist nur die Spitze des Eisberges. Zwar gibt es vereinzelte Politiker_innen, die offen von Rassismus sprechen und als Rassismus als strukturelles Verhältnis und nicht als Ausnahmezustand begreifen, davon sollte es aber weitaus mehr geben.

Eine Studie zeigt, dass bei der Bundestagswahl 2013 jeder zehnte Wahlberechtigte einen Migrationshintergrund hatte – das waren rund 5,8 Millionen Menschen. Der Fakt ist, dass das Wählerpotenzial bei Menschen mit Migrationshintergrund wird zunehmen. Denken Sie, dass die Berliner Parteien sich genug um Menschen mit Migrationshintergrund und die Interessen von Migrant_innen bemühen?

Solche Studien sehe ich kritisch: Erstens fragt sich, wie gezählt wurde. In bestimmten Definitionen von «Menschen mit Migrationshintergrund» gilt die dritte Generation bereits als «ohne Migrationshintergrund». Heißt das, dass Kinder der dritten Generation keine PoC mehr sind und deutschen der Mehrheitsgesellschaft gleichgestellt sind? Zweitens, wie wird diese Zahl interpretiert? Ab wann sind «Menschen mit Migrationshintergrund» eine Gruppe mit gemeinsamen Interessen? Ich denke, dass das, was vordergründig als Interesse der Migranten wahrgenommen wird, von Machtverhältnissen zwischen und innerhalb von Communities geprägt ist. Die Interessen von Migrant_innen sind divers und verlaufen entlang intersektionaler Differenzen, wie etwa Geschlechtsidentität, Sexualität, Generation, Behinderung... Auch wenn ich die Kraft von Vereinigung verstehe und unterstützenswert erachte. Deshalb bin ich immer etwas vorsichtig bei einer verallgemeinernden Suche nach «dem Interesse der Migranten». Vielleicht sollte innerhalb migrantischer Interessenvertretung darauf geachtet werden, auch immer mitzuteilen, dass migrantische Gesellschaften komplex sind.

In Hinsicht auf gleichberechtigte Partizipation bei Entscheidungsstrukturen ist allerdings festzuhalten, dass es Parteien bislang nicht geschafft haben, trotz offenkundiger Bemühungen, eine feste Basis von Mitglieder_innen of Color zu bilden. Auch wissen wir, dass alltagsrassistische Strukturen auch innerhalb von Parteien zum Tragen kommen, PoC es schwerer haben sich durchzusetzen, die Erfahrung machen, instrumentalisiert und ausgegrenzt zu werden. Dies schlägt sich auf den oberen politischen Ebenen nieder: PoC sind im Abgeordnetenhaus und Führungsgremien der Parteien stark unterrepräsentiert. Hier wären Förderprogramme durchaus angebracht.

Migrant_innenorganisationen und Initiativen müssen zunehmend und konstant in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Sie sind da, besitzen spezifisches Wissen, haben Ideen und bereits viele Erfahrungen gesammelt – in Bezug auf Diskriminierung, aber auch im Allgemeinen. Schließlich ist Diversifizierung ein übergeordnetes Thema, das alle Lebensbereiche und institutionellen Ebenen umfasst.

Es ist zu beobachten, dass sich die Erfahrungen, Forderungen sowie Parteipräferenzen je nach Einwanderergruppe unterschiedlich ausgeprägt sind. Was haben Sie jedoch von Berliner Parteien und der neuen Regierung für ein «Einwanderungsgesellschaft» zu erwarten?

Das Koalitionsprotokoll zwischen SPD, Linke und Grüne in Berlin ist aus Antidiskriminierungsperspektive vielversprechend: Der LADS werden mehr Autonomie und Kompetenzen zugesprochen, ein Antidiskriminierungsgesetz auch für den öffentlichen Dienst und mit Verbandsklagerecht eingeführt, Racial Profiling abgeschafft, Aufenthaltsrecht ausgeweitet, eine unabhängige Beschwerdestelle für Kita und Schule etabliert, Mehrsprachigkeit in der Schule institutionalisiert, das Deutschgebot für geflüchtete Menschen, die ihre Diplome anerkennen lassen wollen, fallen gelassen, das Partizipations- und Integrationsgesetz reevaluiert werden. Falls die Vorhaben verwirklicht werden, können wir eine Verbesserung der Lebenssituation der Migrant_innen und des Berliner Zusammenlebens erwarten.

**«Ich habe in einem zivilisierten Land gelebt, nicht im Wald. Mit Menschen zusammen,
nicht mit Kriminellen!»**

**Gespräch mit Abdullah Mohamed*, 35 Jahre, ist vor ca. einem Jahr von Palästina über die
Türkei nach Deutschland geflüchtet.**

Wie geht es dir mit der Tatsache, dass du Geflüchteter in Deutschland bist?

Mir geht es gut. Ich bin Allah dankbar, dass ich einen vorübergehenden Ort habe, wo ich schlafen kann. Aber es ist nicht einfach. Die Situation lässt einen nach der Gerechtigkeit suchen, nach dem Ort, wo es keine Ungerechtigkeiten gibt. Wenn ich Personen sehe, die auf der Straße übernachten, weiß ich, wie sie sich fühlen und das tut mir weh. Es gibt genug Menschen, denen es so geht. Ich kenne viele, die immer noch in Heimen, Lagern und Camps wohnen. Sie finden keine Wohnung, keine Arbeit, nichts. Denen geht es nicht gut, ihre Lage macht sie müde. In Deutschland habe ich das Gefühl: Keiner fühlt mit dem anderen mit.

Das ganze Leben ist Arbeit, wer nicht arbeitet, der lebt nicht. Das gilt natürlich überall, aber hier ist es doppelt so schwer. Geflüchteter heißt hier nicht oder eingeschränkt arbeiten zu dürfen, wenig Rechte zu haben, mit Rassismus umgehen zu müssen und die Sprache schnell zu lernen, auch wenn man sich damit schwer tut. Man begegnet vielen Problemen. Freunde hat man auch nicht. Es gibt keinen Ort wo man hingehen kann.

Wie ist dein Eindruck von Deutschland?

Ich bin seit ca. einem Jahr in Deutschland und hatte ganz viele Herausforderungen bisher. Aber ein Gefühl oder eine Tatsache habe ich erst in Deutschland zu spüren bekommen, nämlich dieser Rassismus, der sehr ermüdend ist. Überall werde ich angestarrt und beobachtet. Die Menschen geben mir das Gefühl, ich sei ein Terrorist und ein Krimineller. Ich habe erst hier erfahren, wie man über Araber_innen und Muslim_innen denkt. Das nimmt mich total mit. Ich weiß von einigen, dass sie kriminell geworden sind, aber es ist nicht fair, dass alle Geflüchteten in einen Topf geschmissen werden. Das verletzt mich und schadet mir. Das passiert mir jeden Tag. Ich denke viel darüber nach, diese Situation ertrage ich nicht.

Hat dieser Rassismus was mit dir gemacht?

Ich erlebe das zum ersten Mal in meinem Leben und kann mich auch kaum daran gewöhnen. Mir geht es eigentlich gut, ich habe in meinem Leben noch nie was geklaut oder irgendwen geschlagen, warum muss ich mich aber so fühlen? Mein Inneres ist verletzt, sehr verletzt. Ich benehme mich, ich sitze da wie sie, tue keinem was an. Sie verstecken ihre Sachen und starren mich böse an. Mir fehlt zum Glück nichts in meinem Leben, es fehlt nicht an Essen, Handy oder Geld oder sonst was. Aber das ist Rassismus. Sie suchen nach irgendwelchen sinnlosen Gründen, um uns die Schuld dafür zu geben.

Was glaubst du wollen sie von dir?

Wallah, das was ich von ihnen sehe, ist, dass sie mich nicht mehr hier haben wollen. Jeder Mensch hat ein Hirn zum Nachdenken. Eine Person zum Beispiel aus Ägypten ist gut, die andere ist nicht gut. Stelle ich mich hin und sage jetzt: Alle aus Ägypten sind schlecht? Nein, natürlich nicht! Es gibt überall auf der Welt gute und schlechte Menschen. Fakt ist: Die Deutschen haben ein schlechtes Bild von Muslim_innen, Araber_innen – Diebe, Hungrige, Verbrecher_innen und Dumme.

Welche Hürden begegnen dir in deinem Leben gerade?

Die Wohnungssuche ist gerade mein Hauptproblem. Das nächste Problem sind die Termine bei den Behörden. Die sind einfach zu viel und sie arbeiten zu langsam. Die Wartezeit geht manchmal bis zu neun Stunden, manchmal komme ich nicht mehr dran. Ihre Art ist hart und respektlos. Das betrifft sowohl die Securities als auch die Mitarbeiter_innen vor Ort. Ich habe schon viele Prügeleien zwischen Securities und Menschen, die Schutz suchen, gesehen. Die müssen doch für Schutz sorgen und nicht die Leute verprügeln.

In Deutschland sehe ich viele Dinge, die falsch laufen. Ein Geflüchteter ist etwas Gefährliches. Man muss Acht geben vor ihm. Er könnte etwas Unrechtes tun. Ich möchte daran erinnern, ich habe in einem zivilisierten Land gelebt, nicht im Wald, mit Menschen zusammen, nicht mit Kriminellen.

Inwiefern hat dich Deutschland verändert?

Seitdem ich in Deutschland bin, bin ich alleine. Ich habe keine Familie hier und auch nur ein paar Bekanntschaften. Ich bin so sehr auf andere angewiesen, weil alles noch neu für mich ist. Am meisten spüre ich es bei der Wohnungssuche. Ich suche jetzt schon seit sieben Mo-

naten und es sieht nicht so aus, als würde ich demnächst was finden. Niemand konnte mir helfen. Bis jetzt habe ich mir nur Gerede angehört, aber kam nicht weiter. Es gibt aber einfach auch wenige Institutionen, die bei der Wohnungssuche helfen oder sich auskennen. Ich versuche, alles alleine zu schaffen.

Geht's den Geflüchteten in Deutschland gut?

Der Druck ist sehr groß. Unsere Umstände lassen uns nicht auf eine Sache fokussieren. Wenn ich einen Termin habe, muss ich den wahrnehmen, nebenbei muss ich die Sprache lernen, die Arbeit ist die größte Hürde. Gleichzeitig aber werden die Gesetze verschärft und den Geflüchteten wird es erschwert zu arbeiten. Wir werden hin und her verfrachtet. Mal müssen wir in einem Hostel wohnen, mal in einer Turnhalle, mal im Lager. Damit werden unsere Probleme auch immer größer. Es sind Probleme um das Essen, Schlafen, Probleme zwischen den Nationalitäten. Keiner kann den anderen ausstehen. Keiner mag den anderen. Wir fühlten uns wie in einem Gefängnis. Ich habe gelernt, keinem zu vertrauen.

Es wird ihnen so viel Verantwortung übertragen. Man sollte einen Geflüchteten als Menschen wahrnehmen und nicht als jemanden, der dem Land schadet oder was wegnimmt. Die neuen Gesetze agieren so.

Was erhoffst du dir von Deutschland?

Ich bin gekommen, um ein neues Leben aufzubauen, um Deutsch zu lernen, um zu arbeiten, um der Gesellschaft einen Nutzen zu bringen und mir selbst. Um Freundschaften aufzubauen. Ich brauche eine Wohnung. Ich möchte die Sprache lernen. Ich brauche eine Arbeit. Das sind meine Wünsche als Mensch. Es wäre auch eine große Hilfe, wenn die Arbeit und Sprachschule in meiner Nähe wären, dann bräuchte ich keine 1,5 Stunden zu fahren. So verbringe ich nicht meine ganze Zeit in den Zügen. Wenn sich an meiner Situation gerade jetzt wie sie ist, ohne Wohnung, ohne Arbeit, in nächster Zeit nichts ändern wird, werde ich mit Sicherheit wieder zurückgehen. Ich würde auch gerne, wenn ich das Geld und eine Arbeit hätte, für eine Weile irgendwo anders hinfahren, um mich ein bisschen auszuruhen. Aber das Geld, das ich bekomme, reicht dafür nicht aus. Es reicht gerade für Essen und Trinken aus.

*Name geändert.